



DENKFABRIK  
ZUKUNFT DER  
GASTWELT

**#HerzUnsererGesellschaft**

# **Bundestagswahl 2025: Politische Ideen, Vorschläge & Impulse des Dienstleistungssektors Gastwelt**

Gastlichkeit verbindet: Tourismus, Hospitality, Foodservice & Freizeitwirtschaft

## Analyse

Die zentralen Herausforderungen für den Dienstleistungssektor Gastwelt lauten:

- **Mitarbeitermangel & Struktur-Veränderungen im Arbeitsmarkt:** Bereits heute können viele Stellen nicht ausreichend schnell und qualifiziert besetzt werden, was zu hohen betrieblichen Fluktuationskosten und geringerem Umsatz führt. Aktuell herrscht in der gesamten Gastwelt ein Arbeitskräfte-Mangel von 125.000 bis 155.000 Menschen. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Situation weiter zuspitzen: Laut einer aktuellen Berechnung des Fraunhofer IAO werden dem Sektor bis 2030 (je nach Zuwanderungsszenario) pro Jahr bis zu 100.000 Mitarbeitende demografie-bedingt zusätzlich verloren gehen. Das sind in Summe 600.000 Personen bis Ende des Jahrzehnts.
  - o **Folgen: Ohne genügend Arbeitskräfte werden viele (mittelständische) Betriebe dauerhaft vom Markt verschwinden und/oder keine Nachfolger finden– und das vor allem im ländlichen Raum. Zudem besteht die Gefahr, dass unserer Gesellschaft wichtige soziale Orte und Treffpunkte verloren gehen, die für ein gutes soziales Miteinander unverzichtbar sind.**
- **Sinkende Wettbewerbsfähigkeit aufgrund hoher Kosten + steigende Preise:** Aufgrund der anhaltenden Inflation, Energiekostensteigerungen, indirekte Steuererhöhungen und externen Einflüssen (wie Kriege, fragile Lieferketten) ist die Kostenbelastung für alle 250.000 Gastwelt-Unternehmen jüngst signifikant gestiegen. Ein größerer Teil musste davon an die Gäste/Kunden/Reisende weitergegeben werden, was wiederum zu einer schwächeren Nachfrage sowie „Trading Down“ Effekten führt. Vor diesem Hintergrund ist entscheidend, dass die Preise durch staatliche Maßnahmen (z.B. steigende Lohnnebenkosten, hohe Energiepreise, Steuererhöhungen etc.) nicht noch zusätzlich „verteuert“ werden.
  - o **Folgen: Dauerhafter Nachfragerückgang, sinkende Umsätze und Gewinne. Menschen mit geringerem/mittlerem Einkommen sowie Familien werden weniger Leistungen in Anspruch nehmen können (Reisen, Restaurantbesuche, Familienfeiern, Ausflüge, Freizeitparkbesuche etc.).**
- **Komplizierte Förderlandschaft, Investitionsstau und geringes Eigenkapital:** Sowohl der Bund auch als die Länder bieten verschiedene Förderprogramme an, die aber nicht an/in einer zentralen Stelle/Plattform digital gebündelt werden. Das führt dazu, dass insbesondere kleine und mittlere Betriebe diese aufgrund „des hohen Aufwands“ nicht Anspruch nehmen. Außerdem wird es immer schwieriger, Kredite bei Hausbanken z.B. für Investitionen zu erhalten, und das, obwohl viele Unternehmen nach Covid nur noch über geringe Eigenkapital-Quoten verfügen.
  - o **Folgen: Chronischer Investitionsstau, fehlende Mittel für Gehaltserhöhungen und Investitionen in die großen Transformationsaufgaben Digitalisierung & Nachhaltigkeit, bei denen die Gastwelt aktuell schon teils deutlich hinterherhinkt.**
- **Fragmentierte politische Zuständigkeiten:** Aktuell besitzen zwölf Bundesministerien & Bundesbeauftragte Teilzuständigkeiten und Haushaltstitel für den Dienstleistungssektor Gastwelt (Tourismuswirtschaft).
  - o **Folgen: Hohe politische Effizienzverluste und langsame Entscheidungsprozesse + durch Einzelbetrachtung zu wenig Sichtbarkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung des Dienstleistungssektors/Wertschöpfungssystems Gastwelt.**

## TOP-6-Vorschläge und Ideen der Gastwelt

- 1) **Mehr Sichtbarkeit am Kabinettstisch:** Die Kompetenzen des Bundes sollen in der „Tourismuspolitik“ auf Dauer strukturell, personell und finanziell gestärkt und gebündelt werden – und das zentral in einem neuen Bundesministerium für Wirtschaft & Dienstleistungen (oder: Wirtschaft & Tourismus).
- 2) **Mehr (Fach-)Personal aus dem Ausland:** Wir wollen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften nach Deutschland deutlich erleichtern und beschleunigen. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag soll als „Green-card“ in einem zertifizierten Betrieb dabei bereits ausreichen + deutliche Kapazitätssteigerungen bei Visaerteilung im Ausland (z.B. durch automatisierte, einheitliche Verfahren).
- 3) **Mehr Flexibilität bei den Wochenarbeitszeiten:** Die europäische Arbeitszeitrichtlinie soll ab Mitte 2025 vollständig in Deutschland umgesetzt und damit die Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit von maximal 48 Stunden eingeführt werden, um den veränderten Arbeitsmarktbedürfnissen Rechnung zu tragen.
- 4) **Mehr Luft für Gehaltserhöhungen:** Die Sozialversicherungsbeiträge sollen über eine politische Selbstverpflichtung dauerhaft auf max. 40 Prozent gedeckelt werden, um den Faktor Arbeit, insbesondere im Dienstleistungsbereich, nicht weiter zu verteuern und damit ausreichend Spielräume für Gehaltsanpassungen und Investitionen zu lassen.
- 5) **Mehr unternehmerischer Spielraum & Reform der Umsatzsteuer:** In der kommenden Wahlperiode darf es keine weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen geben, vor allem nicht bei den Verbrauchs- und Umsatzsteuersätzen, das sich diese sofort negativ auf die Nachfrage auswirken würden. Wir benötigen außerdem eine umfassende Reform des Umsatzsteuersystems mit dem Ziel, dass alle Lebensmittel künftig nur noch mit dem reduzierten Steuersatz besteuert werden (7 Prozent).
- 6) **Mehr Förderung von KMU bei notwendigen Investitionen:** Gründung einer bundesweiten Gastwelt-Förderbank mit den Schwerpunkten Digitalisierung und Nachhaltigkeit, angedockt an die KfW. Die Antragsstellung erfolgt digital und direkt bei der neuen Bank. Landesförderprogramme sollen über die neue Einrichtung ebenfalls zentral abgerufen werden können (One-Stop-Shop-Prinzip).

---

**Konjunkturprogramm und Nachfragestärkung:** Deutschland steuert ohne Gegenmaßnahmen auf ein Rezessionsjahr zu, was u.a. auf den schwachen Inlands-Konsum zurückzuführen ist. Gerade kleine und mittlere Einkommen sind besonders von den rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten betroffen. Die nächste Bundesregierung muss daher bis zum Sommer 2025 ein großangelegtes Konjunkturprogramm auflegen, das die Mittelschicht und den Mittelstand spürbar entlastet und damit mehr Nachfrage und Investitionen stimuliert.

**Äußere Sicherheit gewährleisten – Schuldenbremse reformieren:** Die Schuldenbremse im Bund erweist sich in ihrer aktuellen Form mit Blick auf die bedrohliche sicherheitspolitische Lage in Europa und der Welt faktisch als Sicherheitsrisiko. Sie soll daher (noch vor der Bundestagswahl 2025) angepasst und alle Investitionen in Verteidigung und Sicherheit in Zukunft von ihr ausgenommen werden.

## Ergänzende Vorschläge und Ideen (thematisch sortiert)

### Einfachere Mitarbeitergewinnung & mehr Anreize für Mehrarbeit

- a) **Arbeitszeiten an Lebenswirklichkeiten anpassen:** Halbjahresarbeitszeitkonten und Vertrauensarbeitszeit flächendeckend ermöglichen.
- b) **Mehrarbeit und Leistung belohnen:**
  - Einführung von Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit bei Überstunden in Vollzeitbeschäftigung (Definition Vollzeit: 36 Wochenstunden).
  - Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit für Zuschläge auch an Samstagen.
- c) **Bau und Nutzung von Mitarbeiterwohnungen gezielt fördern:**
  - Einführung eines steuerfreien Sachbezugs für Wohnungen (analog zu Österreich, bis 35 qm)
  - Einführung des vollen Vorsteuerabzugs beim Bau von Mitarbeiterwohnungen.
- d) **Ausbildungsquote durch Förderung von Betrieben erhöhen:**
  - Finanzielle Förderung von KMU-Betrieben bei den Kosten für die Ausbildung/Qualifizierung von jungen Menschen bis 25 (Zielgruppe: Personen ohne Berufsabschluss).
- e) **Beschäftigungshindernisse konsequent beseitigen, Teilzeitfälle entschärfen:**
  - Offensive für mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Schüler und Pflegebedürftige in den Kommunen im Rahmen eines eigenen Bundesprogramms.
  - Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten sollen vollständig bis zu einer Höhe von 10.000 Euro pro Kind/Jahr (bisher 2/3, max. 4.800 Euro/Kind/Jahr) als Werbungskosten steuerlich absetzbar werden.
  - Private Kinderbetreuung steuerlich fördern und für Unternehmen als Corporate Benefit attraktiver machen, z.B. durch Vervielfachung des geldwerten Vorteils.
- f) **Einführung von Englisch** als zweite Amtssprache in Behörden.
- g) **Einrichtung einer digitalen Onboarding-Plattform** für ausländische Fach- und Arbeitskräfte (z.B. für eine digitale Einrichtung eines Bankkontos, Melde-Formalien etc.).

### Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit & mehr Krisen-Resilienz für KMUs

- a) **Mehr Klarheit und Fairness beim Thema Umsatzsteuer:** Grundlegende Reform des Umsatzsteuer-Systems mit dem Ziel, die Umsatzsteuer auf alle Lebensmittel dauerhaft zu reduzieren.
- b) **Fairness bei Betriebsübergaben:** Die nächste Bundesregierung soll – als Reaktion auf ein Urteil Bundesfinanzhofes vom 28.2.2024 (BFH II R 27/21) eine rechtliche Klarstellung vornehmen, dass alle Beherbergungsbetriebe/Parkhäuser ein erbschaftsteuerrechtlich begünstigtes Vermögen darstellen.
- c) **Fortführung der Nichtbeanstandungsregelung bei Reiseleistungen** bis längstens Ende 2029 + Novelle der Margenbesteuerung auf EU-Ebene.
- d) **Bürokratie-Abbau:**
  - Jährliches Bürokratie-Entlastungsgesetz als vordringliche Aufgabe einer neuen Regierung.
  - Bürokratie-Moratorium: Prinzip „One in – Two out“, um den Bürokratieberg dauerhaft abzubauen.
  - 1:1 Umsetzung von EU-Vorgaben statt nationaler „Übererfüllung“.
- e) **Sonderinvestitionsprogramm für Modernisierung** von Gebäuden, Inventar und Technik.
- f) **Keine regulative „Verteuerung“ der Pauschalreise** etwa durch Ausweitung von Absicherungspflichten und neuen Bürokratiekosten.
- g) **Keine Ausweitung von Absicherungspflichten** auf Einzelleistungen (z.B. Hotelübernachtungen)
- h) **Maut-Moratorium bis Ende 2029:**  
Die Höhe der Mautgebühren sollen für die Dauer der nächsten Wahlperiode „eingefroren“ werden.
- i) **Energiekosten für alle Unternehmen und Verbraucher senken:** Dauerhafte Reduzierung der Stromsteuer auf den EU-Mindestwert für alle Unternehmen/Verbraucher und schrittweise Senkung der Netzentgelte.
- j) **Einrichtung eines Sonderabschreibungsprogramms** für Investitionen in Digitalisierung, Automatisierung und Robotronic (Abschreibung von 120 Prozent).

### Neustrukturierung der Bundesförderung + mehr Geld für das Auslandsmarketing

- a) **Schaffung einer neuen nationalen Förderbank** nach österreichischem Vorbild.
- b) **Neue Förder- und Finanzierungshilfen für Startups:** Um die schwierige Situation der Finanzierung in der Pre-Seed-Phase überbrücken zu können, benötigen Start-ups weitere Maßnahmen zur Unterstützung. Um mehr Fördergelder für Startups in Deutschland zu generieren, ist eine Implementierung steuerlicher Anreizprogramme für kleine Investoren notwendig, die es ermöglichen, finanzielle Beteiligungen an jungen Unternehmen sofort steuerlich geltend zu machen. Innovationen und Gründungen rund um das Thema digitale Geschäftsmodelle, Nachhaltigkeit in allen relevanten Bereichen der Ökologie, Ökonomie und im Sozialen könnten damit besonders stark gefördert werden.
- c) **Verstetigung und jährliche Erhöhung der Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT)**, um Deutschland als Destination im harten weltweiten Wettbewerb im Tourismus besser zu positionieren.

### Digitalisierungs-Offensive

- a) **Vollständige Digitalisierung der Meldepflicht** für ausländische Gäste in Beherbergungsbetrieben
- b) **Förderung grüner Digitalisierung:** Grüne Digitalisierung birgt das große Potenzial, ökologische Belastungen erheblich zu verringern. Beispielsweise kann Software so umgeschrieben werden, dass ein geringerer Energie- und Ressourcenverbrauch stattfindet, ebenso kann Hardware durch energieeffizientere Versionen ausgetauscht werden. Für eine solche Umstellung auf grüne Digitalisierung braucht es Anreizprogramme für Unternehmen, die zudem einen neuen Innovationsschub in Deutschland stimulieren könnten.
- c) **DigitalPakt 2.0:** Der Ende 2024 auslaufende DigitalPakt Schule soll neu aufgelegt und um fünf Jahre verlängert werden.

### Nachhaltigkeit & Klimaschutz:

- a) **Zweckbindung von CO<sub>2</sub>-Abgaben und Offensive bei grünen Technologien:** Das Ökosystem Gastwelt kann und will einen wichtigen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen und den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) leisten. Dazu ist aber eine gezielte Förderung des klimaschutzgerechten Umbaus erforderlich. Dazu gehört die Unterstützung bei der Umstellung auf grüne Technologien, insbesondere in der Mobilität (Schienenverkehr, Reduktion von Emissionen im Flug- und Schiffsverkehr, Ausbau der gewerblichen und öffentlichen Ladeinfrastruktur), sowie der Reduzierung von Ressourcen- und Energieverbrauch in der Hospitality und Zuliefererketten. Die CO<sub>2</sub>-Abgaben müssen dazu zweckgebunden werden und für Klimaschutzprojekte eingesetzt werden, die diesen Transformationsprozess beschleunigen.

## Weitere Vorschläge und Ideen (nach Sektoren sortiert)

### (Care)Catering

- a) **Dauerhafte Reduzierung** der Umsatzsteuer auch für die Schul- und Kita-Verpflegung (im Rahmen einer grundsätzlichen Reform, die alle Lebensmittel in Zukunft einheitlich besteuert).
- b) **Staatliche Bezuschussung** von Kita- und Schülern – z.B. mit einem Eigenanteil von zwei Euro/Tag/Kind.
- c) **Einführung eines Befähigungsnachweises** für Anbieter in der Kita- und Schulverpflegung.
- d) **Höher Gewichtung des Faktors „Qualität“** in öffentlichen Ausschreibungen.
- e) **Einführung eines vierjährigen Pilotprojekts** „Ernährungsbildung für junge Menschen“ an bundesweit 100 Schulen.

### Incoming-Tourismus

- a) **Deutliche Beschleunigung der Visaprozedur** für Touristen und Geschäftsreisende. Zielvorgabe sind 3 bis 5 Werktage Bearbeitungszeit.
- b) **Novellierung der Marginsteuer auf EU-Ebene:** Opt-Out §25 für B2B, innerhalb der Reiseindustrie, aber auch bei MICE + Fokus auf globale Jahresmarge anstatt Einzelmarge.

### Mobilität

- a) **Luftfahrtstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen:** Abschaffung der Luftverkehrssteuer, um eine weitere Streckenausdünnung und Reduzierung von Flugkapazitäten zu verhindern.
- b) **Busfahrermangel gezielt bekämpfen:** Die Busfahrausbildung soll – analog zu Österreich – modernisiert werden. Das heißt, dass die derzeit getrennt absolvierte Führerscheinausbildung und für die Personenbeförderung erforderliche Berufskraftfahrerqualifikation zu einer 2-in-1-Ausbildung zusammen gelegt werden. Für die Ausbildungsqualität soll außerdem das Bestehen der Prüfung und nicht die Anzahl benötigter Stunden (derzeit bis zu 102 Stunden) maßgebend sein.
- d) **Flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur:** Fokus auf Raststätten und in touristisch besonders stark frequentierte Destinationen sowie Verkehrsknotenpunkte wie Flughäfen und Bahnhöfe
- e) **Parkplatz-Offensive für Reisebusse:** Schaffung von bundesweit ausreichend Busparkplätzen und Haltemöglichkeiten in Städten, Destinationen und Sehenswürdigkeiten.

Stand: 28.11.2024

## Impressum

### **Denkfabrik Zukunft der Gastwelt (DZG)**

Tourismus, Hospitality, Foodservice & Freizeit  
powered by Union der Wirtschaft e.V.

Vorstandssprecher Dr. Marcel Klinge  
Chausseestraße 48a, 10115 Berlin  
denkfabrik@zukunft-gastwelt.de

[www.zukunft-gastwelt.de](http://www.zukunft-gastwelt.de)

© DZG 2024

Dieses Papier wurde von 30 Gastwelt-Verbänden gemeinsam erarbeitet.